

Obmänner-Konferenz

anstalt Schonka soeben mitgeteilt habe, daß 440 Waggons Mais bereits auf dem Wasser schwimmen, weitere 960 Waggons seien bereits avisiert. Vor einigen Tagen sei bereits ein Schlepper mit Mais angekommen, doch sei der Mais schlecht gewesen.

Er habe auch den Präsidenten Schonka ersucht, die Kriegsgetreie-Verkehrsanstalt möge ihre Tätigkeit beginnen.

Gem.-Rat Leitner teilt mit, daß die Brotpreiserhöhung auf 5 h nicht berechtigt sei. Mit dem gegenwärtigen Mischverhältnisse gehe es nicht weiter, es fehle dem Brote der Klebstoff; wenn man Roggen hätte, würde das Brot besser sein.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner führt aus, daß die Bäcker selbst zum großen Teile an diesem Verhältnisse Schuld trügen; er habe schon im August vorigen Jahres die Einführung eines einheitlichen Brotes verlangt und die Bäcker verhalten, mit den Vorräten zu sparen, doch habe dies nichts genützt. Heute sei die Hälfte der Bäckergehilfen brotlos, die Bäcker erzeugen ein schlechtes Brot und haben vom Statthalter eine Erhöhung der Brotpreise durchgesetzt.

Die Obmänner-Konferenz beschließt einmütig, bei der Regierung vorstellig zu werden:

1. Daß Kollgerste von dem Einkauf mit der Brotkarte ausgeschlossen werde;
2. daß eine Differenzierung der Brotkarte nach Berufsklassen stattfinde;
3. daß die Berechnung des anzusprechenden Mehlquantums nach den abgegebenen Koupons undurchführbar sei und
4. daß die Abgabe von Weizenmehl für gewisse Kranke mit Rücksicht auf das Gutachten der Professoren Hohenegg und Ortner nicht notwendig sei.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner teilt mit, daß er veranlaßt habe, daß nach Art der Kastanienbratöfen Erdäpfelbratöfen an verschiedenen zahlreichen Orten Wiens aufgestellt werden, wo zu einem bestimmten Preise gebratene Erdäpfel abgegeben werden sollen. Es sei dies natürlich nur ein Versuch.

Weiters teilt der Bürgermeister mit, daß ihm ein Antrag auf Bestellung eines Approvisionierungs-Ausschusses eingebracht worden sei; er glaube jedoch, man könne davon Abstand nehmen.

Die Konferenz erklärt sich damit einverstanden.

Weiters teilt der Bürgermeister mit, daß der Statthalter von Oberösterreich mit Verordnung vom 14. April 1915 die Ausfuhr von Rindern verboten habe. Die Konferenz ermächtigt den Herrn Bürgermeister, gegen dieses eigenmächtige Vorgehen des Statthalters von Oberösterreich bei der Regierung Vorstellung zu erheben.

Vize-Bürgermeister Hoff führt aus, daß diese Verordnung einen Ausfall von 1200 bis 1500 Stück Rind aus Oberösterreich zur Folge haben werde, was eine weitere Verteuerung des Fleisches bedeute.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner richtet an Gem.-Rat Dr. Hein die Anfrage, wie sich der freiheitlich-bürgerliche Parteiverband zu der in der letzten Sitzung besprochenen Kundgebung der Obmänner-Konferenz bezüglich des in der „Sonn- und Montags-Zeitung“ erschienenen Artikels verhalte.

Gem.-Rat Dr. Hein erklärt, daß sein Verband der Ansicht sei, man solle von einer solchen Kundgebung absehen, da es sich nicht um eine autoritative Äußerung, sondern um einen bloßen Zeitungsartikel handle.

Gem.-Rat Steiner führt aus, daß er in seiner Eigenschaft als Mitglied autonomer Vertretungskörper oft Gelegenheit gehabt habe, wahrzunehmen, daß die Regierung eine Einschränkung der Autonomie in dem Sinne anstrebe, daß der Bürgermeister ernannt werde. Dieses Streben sei jedoch von allen Parteien stets zurückgewiesen worden. Er spreche sich mit aller Entschiedenheit gegen diesen Artikel aus und sei für die Beschlußfassung einer Protesterklärung.

Gem.-Rat Schmid führt aus, daß man nicht erst warten solle, bis eine ähnliche Äußerung von einer autoritativen Stelle, z. B. einer Behörde erfolge; denn dann sei es zu spät; man müsse eine solche Strömung schon im Keime ersticken.

Gem.-Rat Reumann erklärt, daß er bereits in der letzten Sitzung seinen Standpunkt in dieser Frage präzisiert habe. Wenn er auch kein Anhänger des derzeitigen Gemeindevahlrechtes sei, so werde er doch stets gegen eine Einengung der Gemeindeautonomie protestieren, die dahin ginge, daß der Bürgermeister von der Regierung ernannt werde; er sei für die Beschlußfassung einer Protesterklärung.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärt, nachdem sich sowohl die Vertreter seiner Partei, als auch die Vertreter der Sozialdemokraten pro geäußert haben, die Erklärung eines Protestes für angenommen.

Gem.-Rat Dr. Hein erklärt, daß auch sein Verband, nachdem über die Vorfrage durch den eben gefaßten Beschluß entschieden sei, ebenfalls auf dem Standpunkte der vollen Wahrung der Autonomie der Gemeinde stehe.

Die Obmänner-Konferenz beschließt folgende Protesterklärung:

Die Obmänner-Konferenz, in welcher alle Parteirichtungen des Wiener Gemeinderates vertreten sind, hat in ihrer Sitzung vom 20. April 1915 einhellig erklärt, daß sie in der Ernennung der Bürgermeister durch die Regierung für Städte mit eigenem Statut und insbesondere für die Reichshaupt- und Residenzstadt Wien eine durch nichts gerechtfertigte Zurücksetzung dieser Gemeinwesen gegenüber allen übrigen Gemeinden erblicke und von ihr keineswegs eine Verbesserung der Gemeindeverwaltung, sondern vielmehr nur eine völlige Lahmlegung der für die Stadtentwicklung so wichtigen Selbstverwaltungskräfte erwarten könne.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner teilt mit, daß vom Klub der sozialdemokratischen Gemeinderäte Wiens das Ersuchen an ihn gestellt wurde, eine Gemeinderats-Sitzung einzuberufen und daran anschließend die ordnungsmäßige Tätigkeit des Gemeinderates wieder aufzunehmen, und eröffnet hierüber die Debatte.

Gem.-Rat Steiner führt aus, daß diese Frage schon zu Ende des vorigen Jahres in der Obmänner-Konferenz besprochen und die Einberufung einer Gemeinderats-Sitzung unter der Voraussetzung ins Auge gefaßt wurde, daß die Opposition sich bereit erklären würde, eine rein sachliche Debatte abzuführen. Da sie sich hierzu nicht verstehen konnte, sei die Sitzung unterblieben. Gegenwärtig ständen wir im neunten Kriegsmonat, die Situation habe in der letzten Zeit eine bedeutende Verschärfung erhalten, es wäre unvermeidlich, daß im Gemeinderate über Dinge gesprochen würde, die nicht im Interesse des Staates wären. Die Entente-Presse würde gewiß eine derartige Debatte in ihrem Sinne ausnützen. Er sei der Meinung, man solle, so es solange ohne Gemeinderat gegangen, warten, bis die Verhältnisse geklärt seien. Die Situation der Zentralmächte sei gegenwärtig eine zweifellos günstige und man sollte nichts tun, um